

und notfalls korrigierend zur Kenntnis nimmt und die Ansätze des Konzils unter veränderten Voraussetzungen weiterführt (vgl. die Ansprache Kardinal Alfrinks, ds. Heft, S. 231), wurde darin nicht sichtbar. Die Feststellung, die Synode eines Landes könne nicht Fragen regeln, welche die Gesamtkirche betreffen, wäre geradezu eine Absage an den Sinn der Synode, würde man sie so verstehen, daß sie nur spezifisch lokale bzw. regionale Fragen zu behandeln habe, denn die *regional relevanten Fragen sind heute gerade die von gesamtkirchlicher Bedeutung*. Der prinzipielle Verzicht auf jede mögliche Auseinandersetzung mit gesamtkirchlich geltendem Recht oder mit römischen Standpunkten müßte der Synode bereits vor ihrem Beginn jede Dynamik nehmen. Die Kritik am holländischen Pastoralkonzil ist ja nicht in der Tatsache begründet, daß es sich überhaupt mit der Gesamtkirche berührenden Fragen beschäftigt oder Änderungen gesamtkirchlicher Gesetzgebung angestrebt hat, sondern darin, daß es diese Fragen teils theologisch unzureichend, teils kirchenpolitisch zu trendgebunden behandelt hat.

Mißverständener Dialog?

Und noch etwas fällt an der deutschen Synodenvorbereitung auf: Man hat den Eindruck, als verstehe man die jetzt angelaufene Fragebogenaktion mit der sie begleitenden Repräsentativbefragung vornehmlich als den breit angelegten *Dialog*, über den, wie es in der Pressekonferenz vom 20. April hieß, „möglichst weite Kreise der Katholiken in der Vorbereitungsphase wirksam an den Überlegungen teilnehmen und ihre Meinungen und Erfahrungen in die Synode einbringen können“. Die *Demoskopie* ist bei der Vorbereitung der Synode sicher unerlässlich und nicht nur für die Synode, sondern für die Kenntnis der Voraussetzungen des religiösen Lebens heute überhaupt. Die jetzige Fragebogenaktion mit der sie begleitenden Repräsentativbefragung sind längst fällige, bisher versäumte Erhebungen. Ihre Ergebnisse werden auch die Diskussion über die Synode beleben und den Kommissionen, aber auch den Diözesen das notwendige empirische Ausgangsmaterial bieten. Das Unternehmen dürfte sogar für beide Seiten, für die Kirche und die Demoskopie, gleich wichtig sein, weil beide ihre Erfahrungen damit erst machen müssen. Der Fragebogen, mit dem die Katholiken der Bundesrepublik dieser Tage konfrontiert werden, erscheint nicht nur nach demoskopischen, sondern auch nach kirchlich-religiösen Kriterien ausgewogen. Etwas Katechismusdeutsch ist zwar noch geblieben, aber eine Reihe allzu undifferenzierter Fragen des ersten, Ärgernis erregen-

den Entwurfes sind verschwunden, die *Verständlichkeit* ist geblieben; die Anordnung der Fragen wirkt überzeugender. Allerdings ist die Auswertbarkeit nicht nur an das *Rücklaufergebnis* gebunden; es gilt auch noch einige andere Gesichtspunkte zu beachten: 1. ist der vorliegende Fragebogen und im Grunde die Demoskopie überhaupt an der Erhebung des Meinungsfeldes über aktuelle Zustände orientiert. Das ist schon sehr viel, insbesondere wenn man hoffen kann, daß sich auch dem kirchlichen Leben Fernstehende in genügender Zahl, wie es vorgesehen ist, erfassen lassen. Entscheidungs- bzw. Optionsfragen wurden vermieden; einige der ursprünglich enthaltenen (Liturgie, Priestertum) wieder gestrichen. Dadurch droht aber, die Gefahr ist jedenfalls inhärent, vom Ergebnis her eher eine Bestätigung des Bestehenden als ein getreues Abbild des sich vollziehenden Wandels. 2. kann die Demoskopie im Bereich Kirche vorwiegend nur mit Fragen und Aussagen operieren, die die Schicht des („volkskirchlich“) *Religiösen* widerspiegelt, während ihr die Aufschlüsselung der Struktur und der Tiefenbezüge des *Glaubens* weitgehend verwehrt bleibt. 3. dient die Umfrageaktion der Feststellung der vorhandenen Meinungen, nicht eigentlich dem Meinungsaustausch im Sinn der *Gegenseitigkeit*. Nur dieser ist strenggenommen Dialog. Die Meinungsfeststellung liefert Material und Hinweise für die Art und Zielrichtung, in die der synodale Dialog gesamtkirchlich geführt werden kann. Es darf aber nicht mit diesem selbst verwechselt werden. Dieser muß vielmehr durch einen möglichst breiten und nach Gruppen und Einrichtungen differenzierten Meinungs- und Diskussionsaustausch auf pfarrlicher und diözesaner Ebene bewerkstelligt werden. Gefährlich wäre eine *Isolierung* der amtlichen Vorbereitungsorgane von diesem Diskussionsfluß durch eine vorzeitige, wenn auch systematische und operational überzeugende Themen- und Methodenfixierung. Aber es besteht auch die andere Gefahr, mit der man sich zunehmend zu befassen haben wird: die Schwierigkeit der *Vertiefung der Problemstellungen* durch ausreichenden Sachverstand. Das Plenum würde damit, wie immer es zusammengesetzt sein wird, weitgehend überfordert. Ein möglichst emotionsfreies Zusammenspiel zwischen dem Plenum und den Kommissionen kann ein Stück weiterhelfen. Aber man wird sich wohl noch weitere Arbeitsteilungen einfallen lassen müssen etwa in der Form, daß man Beschlüssen (Dekreten oder Erklärungen) begründende Dokumente der Kommissionen folgen läßt. Als Entscheidungsgremium mit bindendem Charakter hat es die deutsche Synode hier wesentlich schwerer als das holländische Pastoralkonzil, und dieses hatte es schon schwer genug.

Meldungen aus Kirche und Gesellschaft

Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Vollversammlungen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) pflegen kaum besonders publikumswirksame Veranstaltungen zu sein. Das liegt an der Institution und wohl auch an der Thematik, die dort behandelt wird. Das Zentralkomitee hat sich auch in seiner

neuen Struktur als kombiniertes *Spitzenorgan des kirchlichen Räte-systems und des katholischen Verbandswesens* noch nicht so der Öffentlichkeit eingepreßt, daß es als repräsentatives Diskussionsforum und als Beschlüßgremium des deutschen Katholizismus akzeptiert würde. Die

Themen, die dort zur Diskussion stehen, haben, auch wenn es sich um gesellschaftspolitisch relevante Fragen handelt, zu sehr den Geruch des bloß innerkirchlichen, um das Interesse der neutralen Publizistik zu wecken. Seit einiger Zeit ist zwar die Presse zu den Beratungen auf den Vollver-

sammlungen allgemein zugelassen, doch hat sich dadurch das Echo in der gesamten Presse noch kaum spürbar verstärkt. Während Vollversammlungen der Bischofskonferenz meist von keinem lokalen oder überregionalen Tagesblatt ausgelassen werden, nimmt man von den Vollversammlungen des Zentralkomitees kaum Notiz. Auch der letzten Vollversammlung, die am 20. und 21. März 1970 in der Stadthalle in Bad Godesberg stattfand, erging es nicht anders. Dies war auch kein Wunder, weil die Diskussion keine starken Akzente aufwies und vornehmlich kirchenorganisatorische Fragen betraf. Dennoch verdienen die Beratungen hier festgehalten zu werden, weil sie Auskunft geben über die zunehmende Ausweitung des Aktionskreises des Zentralkomitees und über die immer engere Verästelung mit den Beratungen der Bischofskonferenz. Neben dem Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1969 hatte sich die Vollversammlung diesmal vor allem mit drei Ereignissen des deutschen Katholizismus in der nächsten Zukunft zu befassen: dem 83. Deutschen Katholikentag in Trier vom 9. bis 12. September 1970, dem ökumenischen Pfingsttreffen 1971 in Augsburg und der Vorbereitung der Gemeinsamen Synode der Diözesen der Bundesrepublik.

Vervielfältigung der Aufgaben

Zu Beginn der Sitzung gab der Generalsekretär des ZdK, *F. Kronenberg*, den Bericht über das Jahr 1969, der durch Beiträge der Referatsleiter noch ergänzt wurde. Kronenberg unterrichtete die Vollversammlung zunächst über die *Vervollständigung des Arbeitsinstrumentariums* des ZdK, die die wachsende Beanspruchung der Geschäftsstelle notwendig machte. Neu errichtet wurden die Referate für innerkirchliche Aufgaben der Laien und für Organisation. Ab 1. Januar 1970 ist auch für ein publizistisches Referat eine neue Planstelle vorgesehen. Dieses soll auch die Öffentlichkeitsarbeit für die Synode durchführen. Neben dem seit vier Jahren bestehenden Kulturbeirat konstituierten sich im Laufe des Jahres 1969 zwei weitere: am 10. Dezember der *Beirat für politische Fragen* unter Vorsitz von Prof. *H. Buchheim* mit den vier Arbeitsgruppen für Vermögensbildung, Probleme von Staat und Gesell-

schaft, Fragen des Friedens und der Entwicklungshilfe, und am 15. November der *Beirat für Publizistik* unter Vorsitz von ZDF-Intendant Prof. *K. Holzamer*. Am 10. März 1970 konstituierte sich in Bad Godesberg der *Beirat für innerkirchliche Aufgaben der Laien*. Zum Vorsitzenden wurde Frau *C. Böhle*, Freiburg, gewählt. Der Beirat beschloß, sich zunächst vordringlich mit der Thematik der Gemeinsamen Synode der Diözesen in der Bundesrepublik zu befassen.

Die Referate und Arbeitskreise mußten sich auf verschiedenen Ebenen primär auf *Strukturfragen* des deutschen Katholizismus konzentrieren. Im Arbeitskreis „Strukturen kirchlicher Mitverantwortung“ ging es um die unterschiedliche Zuständigkeit der Räte auf Diözesanebene und deren Zuordnung zur kirchlichen Verwaltung. Daneben hat er mitgewirkt an der Erarbeitung der Fragen für die von der Deutschen Bischofskonferenz beim Sozialinstitut des Bistums Essen in Auftrag gegebenen Untersuchung der Räte des Laienapostolates. Eine Synopse aller Satzungen wird in den nächsten Wochen vorgelegt werden. Eine Mitgliederstatistik aller — etwa 185 000 — Pfarrgemeinderatsmitglieder ist in Angriff genommen. Sie soll zu einer Funktionsanalyse und weiteren Einzeluntersuchungen dienen.

Einer Lösung bedürfen nach dem Bericht Kronenbergs auch immer noch die Fragen einer Integrierung der kirchlichen Finanz- und Vermögensverwaltung in die Räte des Laienapostolates und der interdiözesane Finanzausgleich. Mit diesen Fragen wurde vom ZdK eine eigene Kommission betraut.

Fragen der Familien- und Bildungspolitik

Angestrebt wird von seiten des ZdK eine *Koordination aller sich mit Ehe-, Eltern- und Familienarbeit befassenden Organisationen und Institutionen*. Der Reichtum an Verbänden, diözesanen und überdiözesanen Einrichtungen und Arbeitsgemeinschaften zeuge zwar von einer Fülle von Initiativen, habe aber auch zu einer Zersplitterung der Kräfte geführt. In Zukunft werden religiös-ethische Werte, die Ehe und Familie tragen, stärker in Frage gestellt und institutionell nicht wie bisher gesichert. Auch führt die moderne Ar-

beitswelt zu immer größeren Rückwirkungen auf die überkommene soziologische Struktur der Familien. Dies erfordert einen Stilwandel der bisherigen Arbeit. Die geistigen Hilfen müssen verstärkt und die Familien selbst, besonders auf Pfarrebene zur Mitarbeit angeregt werden. Angesichts dieser Aufgaben muß eine Koordination alle Sachbereiche der Ehe- und Familienarbeit umfassen: von der Familienbildung mit Ehevorbereitung über Ehe und Erziehungsberatung, Familienpolitik, Fragen des Familienrechts, Eltern- und Schulfragen bis zur Ehe- und Familienseelsorge. Bei den Überlegungen zur Zusammenarbeit wurde klar, daß eine Fusion zu viel und eine bloße Arbeitsgemeinschaft zu wenig wäre. Deshalb hat das gesellschaftspolitische Referat im ZdK angeregt, einen *Aktionsausschuß* auf Bundesebene ins Leben zu rufen. Gemäß diesem Vorschlag konstituierte sich am 28. Juni 1969 in Köln der Aktionskreis „Ehe und Familie“. Er wird gebildet vom Familienbund der deutschen Katholiken, der Katholischen Elternschaft Deutschlands, der Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung, der Deutschen Kolpingfamilie, dem Deutschen Caritasverband, der KAB, dem Zentralinstitut für Ehe- und Familienfragen und dem Generalsekretariat des ZdK. An den alle zwei Monate stattfindenden Beratungen nimmt auch das Katholische Büro in Bonn teil. Der Aktionskreis ist keine neue Organisation, sondern er will lediglich eine regelmäßige und intensive Zusammenarbeit sicherstellen. Darüber hinaus soll er als Kern des ständigen Arbeitskreises „Ehe und Familie“ des ZdK dienen. Für beide Kreise hat das Generalsekretariat die Geschäftsführung übernommen.

Mit diesen Problemen berührten sich Fragen der *Bildungspolitik*. Durch die Notwendigkeit lebenslangen Lernens gewinnt auch die Erwachsenenbildung im religiösen Bereich an Bedeutung. Aufgabenstellung und Selbstverständnis der katholischen Erwachsenenbildung bedürfen einer dringenden Klärung. Die Bundesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenenbildung hat zusammen mit dem Institut für Erwachsenenbildung in Münster 1969 „Empfehlungen zur Struktur der örtlichen katholischen Erwachsenenbildung“ vorgelegt. Darin wurde der Versuch unternommen, das Zusammenwirken

von Verbänden, Laienräten und eigenen katholischen Bildungswerken zu regeln. Auf Bundesebene haben sich die Gremien teilweise nebeneinander her entwickelt. Zwar wurde die *Bundesarbeitsgemeinschaft* als Dachorganisation gegründet, aber daneben haben stets die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke, der Akademieleiterkreis u. ä. bestanden. Dazu kommt, daß man in Zukunft die Jugendbildung nicht streng von der Erwachsenenbildung werde scheiden können. Deshalb hat auf Anregung des BDKJ der Geschäftsführende Ausschuß des ZdK in der Sitzung vom 30. Januar 1970 beschlossen, den Arbeitsausschuß Erwachsenenbildung des Beirates für Kultur mit der Ausarbeitung eines Berichtes und Lösungsvorschlags zu betrauen.

Im Bericht des Generalsekretärs wurde die Arbeit des Beirates für Kultur besonders hervorgehoben. Sein Beispiel berechtige auch bei den neuen Beiräten zu einigem Optimismus. 1969 wurden einige wichtige Arbeiten des Beirates veröffentlicht, u. a. „die Erziehung von Jungen und Mädchen in einer veränderten Welt“ (Wortlaut in Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 322 ff.). Nicht erfüllt habe sich leider die Hoffnung des ZdK, daß durch die Errichtung einer *Bundesschulkonferenz* seitens der Deutschen Bischofskonferenz im Februar 1970 die Parallelität von Beirat für Kultur und „Katholischem Bildungsrat“ bei der Bischöflichen Hauptstelle für Schule und Erziehung aufgehoben werde. Bei den Vorarbeiten zur Errichtung war das Kulturreferat des Zentralkomitees beteiligt, konnte aber seine Vorstellungen nicht durchsetzen. Rivalitäten zwischen diesen beiden Einrichtungen für eine Materie, die von ihrer Natur her primär der Laienaktivität zugeordnet ist, dürften auch in Zukunft nicht fehlen.

Als ein Modell für weitere Unternehmungen im gegenwärtig vom Zentralkomitee wie vom offiziellen Katholizismus überhaupt stark vernachlässigten *gesellschaftspolitischen Bereich* wurde der Kongreß „Kirchliche Entwicklungsarbeit“ in Essen bezeichnet (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 145 ff.), über dessen Echo in der Öffentlichkeit man sich allerdings enttäuscht zeigte.

Es wurde deutlich, daß *Strukturfragen* nur ein Beginn der Arbeit sein können. Man habe sich noch zuviel

mit rein innerkirchlichen Fragen beschäftigt. Es wurde der Ausdruck Nabelschau gebraucht. Die in Gang gekommene Auseinandersetzung über die eigentlichen Aufgaben der Pfarrgemeinderäte konnte noch nicht zu Ende geführt werden.

Das ökumenische Pfingsttreffen 1971

Der Präsident des ZdK, Oberbürgermeister *A. Beckel*, gab einen Bericht über die weiteren Vorbereitungen für das *ökumenische Pfingsttreffen 1971*, über das die Öffentlichkeit im Mai 1969 näher unterrichtet worden war und dem auch die Bischofskonferenz nach langwierigen Vorverhandlungen auf der Frühjahrstagung 1970 zugestimmt hatte (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 139). Das ZdK stimmte den Überlegungen zu, und so konnte noch am Nachmittag eine gleichlautende Pressemeldung des ZdK und des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages, das zur gleichen Zeit in Frankfurt tagte, herausgegeben werden. Dieses Treffen soll nach dem Willen der Initiatoren nicht nur ein *isoliertes* einmaliges Ereignis sein, sondern als erster Schritt einer langfristigen Zusammenarbeit der beiden Institutionen und damit der beiden Konfessionen dienen. Aus dem Ziel, einerseits intensive Diskussionen zu führen, die notwendigerweise einen kleineren Rahmen erfordern, und andererseits doch die Öffentlichkeit anzusprechen, ergab sich eine Zweiteilung des Treffens: eine zweitägige geschlossene Arbeitstagung unter Beteiligung der publizistischen Medien und ein zweitägiges offenes Treffen. Ort des ökumenischen Treffens soll Augsburg sein. Das Messegelände von Frankfurt, an das zuerst gedacht worden war, entspricht den räumlichen Notwendigkeiten nur ungenügend und steht außerdem Pfingsten 1971 wegen Umbauten nicht zur Verfügung. Diese Zweiteilung Arbeitstagung — offenes Treffen muß als *Kompromiß* verstanden werden zwischen den Befürwortern vornehmlich interner Sachdiskussionen und den Promotoren einer publikumswirksameren Massenveranstaltung mit kräftigerer Teilnahme engagierter Gruppen.

Die zur Vorbereitung berufene Kommission hat folgende *Themenbereiche* ausgewählt: Glaubensnot und Kirchen, Gottesdienst, Ehe,

Sorge für den einzelnen Menschen: individuelle Lebenshilfe, Dienst der Christen an gesellschaftlichen Minderheiten: die Gastarbeiter, sowie Entwicklung als Verantwortung der Christen. Dieses Arbeitsprogramm ist noch nicht endgültig. Gemeinden und interessierte Gruppen wurden eingeladen, sich zu den geplanten Themenbereichen mit schriftlichen Voten bis zum 1. Juni 1970 zu äußern. Im Frühsommer werden die Arbeitskreise für die thematische Vorbereitung berufen. Sie sollen Arbeitspapiere anfertigen, aus denen genau Einigkeit und Uneinigkeit über die behandelten Punkte hervorgeht und in denen weitere Fragen und Aufgabenstellungen formuliert sind. Etwa Mitte März 1971 sollen sie zur Diskussion in den Gemeinden zur Verfügung stehen.

Die Arbeitstagung wird die Arbeitspapiere unter Berücksichtigung der vorangegangenen Diskussion überarbeiten und an das offene Treffen weitergeben. Hier sollen sie als Grundlage der öffentlichen Diskussion über die einzelnen Themen dienen. Verankert in der Praxis der alltäglichen Zusammenarbeit der Christen soll das Treffen durch kritische Reflexion zu einem kräftigen Impuls eben dieser Zusammenarbeit führen.

Katholikentag und Synode

Zu den beiden weiteren wichtigen Ereignissen, die dem deutschen Katholizismus bevorstehen, konnte die Vollversammlung wenig Konkretes sagen und noch weniger beschließen. Die Vorbereitung des *Katholikentages in Trier* war längst angelaufen, seine Thematik wurde bereits auf der vorletzten Vollversammlung des Zentralkomitees behandelt, doch ergibt der Stand der gegenwärtigen Vorbereitung noch kein übersichtliches Bild. Zu entscheiden hatte die Vollversammlung lediglich über das *Leitwort*. Drei standen zur Auswahl. „In unserer Mitte der Herr“, „Mitten unter ihnen“ und „Die Gemeinde des Herrn“. *K. Hemmerle*, der geistliche Direktor des Zentralkomitees, plädierte für das erste: es sei eine gute Fortführung des Leitwortes von Essen, „Mitten in dieser Welt“. Doch die Vollversammlung fand es zu „kirchlich“ und zu „triumphalistisch“ und entschied sich mehrheitlich für das dritte. Zur *Zielsetzung* des Trierer Katholikentages wurde nochmals wiederholt, was bereits seit

Essen angestrebt und seit längerem bekannt war: er soll im Gegensatz zu Essen ein kleiner Katholikentag mit Arbeitscharakter sein. Durch seine Thematik „Gemeinde in der Kirche von heute“ sollen besonders die Mitglieder der pfarrlichen und diözesanen Räte gezielt angesprochen werden. Durch die Thematik und die Art seiner Durchführung soll er primär dem innerkirchlichen Dialog dienen und insofern auch die *Synode 72* mit vorbereiten.

Zu dieser selbst standen vornehmlich drei Punkte zur Debatte: die Fragebogenaktion, die am 20. April durch eine Pressekonferenz des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, *Kardinal Döpfner*, in Bonn offiziell gestartet wurde (vgl. ds. Heft, S. 193), die Wahlordnung für die Wahl der Synodenmitglieder und der vorläufige Terminplan. Erst wenn (im Frühsommer) die Diözesanvertreter gewählt sein werden, werde das Zentralkomitee die von ihm zu entsendenden 40 weiteren Mitglieder wählen. Erst im Novem-

ber 1970 würden dann die Berufungen durch die Bischofskonferenz erfolgen. Für die Wahl der vom Zentralkomitee zu wählenden Synodenmitglieder wurde eine eigene Wahlordnung diskutiert, aber noch nicht verabschiedet.

Ein eigener Bericht wurde zur Frage der *Scheidungsreform* verlesen, wobei die wesentlichen Elemente der Stellungnahme des Arbeitskreises für Eherecht beim Katholischen Büro (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 173) wiederholt wurden. Zum gleichen Thema wurde zum Zweck einer differenzierteren Meinungsbildung in der Bevölkerung für den 6. Juni 1970 eine Sondertagung nach Bad Honnef einberufen, an der neben dem Arbeitskreis für Ehe und Familie des Zentralkomitees die Geschäftsführer der Diözesanräte und Vertreter der Berufsverbände für Sozialarbeit und Familienpflege teilnehmen sollen. Die 1970 fällige Überprüfung des Statuts des ZdK wurde auf Beschluß der Vollversammlung um ein Jahr verschoben.

das Christentum in der modernen Gesellschaft wirksamer als bisher wahrnehmen könne. Erschienen waren hierzu etwa 100 Teilnehmer, wesentlich mehr als erwartet worden war und als für eine ergebnisreiche Diskussion förderlich gewesen wäre, denn einerseits war der Kreis der Teilnehmer zu heterogen, um schnell zu einer Verständigung und zu einer einheitlichen Sprache finden zu können, und andererseits war einer der beiden Dialogpartner abwesend: die Amtskirche, deren Vertreter ständig angesprochen und deren Amts- und Machtgebrauch unentwegt kritisiert wurden.

An *konkreten Aufgaben* für die Paulus-Gesellschaft in der nächsten Zeit wurden genannt: Die Paulus-Gesellschaft solle zur Bildung eines kritischen Bewußtseins der Christen auf allen Ebenen beitragen; sie solle aus wissenschaftlich begründeten Einsichten Positionen entwickeln und nötigenfalls gegenüber der Amtskirche die Stimme der Opposition zu Gehör bringen, z. B. durch Veröffentlichung von Gutachten, die sich durch rationale Begründung und strenge Sachlichkeit fern aller bloßen Emotionalität auszeichnen müßten; die Initiative und Koordination solcher Veröffentlichungen sollte in den Händen eines demokratisch gewählten Publikationskomitees liegen; zur Steigerung der Effizienz solle die Paulus-Gesellschaft mit anderen Gruppen in der Kirche zusammenarbeiten; sie solle auf die Synode 72 Einfluß nehmen und Fragen, die dort verhandelt werden, erörtern; zur Bearbeitung von Einzelfragen sollten Arbeitskreise mit je bis zu sechs qualifizierten Mitgliedern eingesetzt werden, die Memoranden erarbeiten, welche dann vom Plenum der Paulus-Gesellschaft zu verabschieden wären.

Dieses Suchen nach neuen Aufgabenstellungen ist aus dem Bestreben der Gesellschaft zu verstehen, wissenschaftliche Gesprächsergebnisse in konkrete gesellschafts- und kirchenpolitische Imperative umzusetzen. In diesem Sinne versteht sie sich nicht nur als Mittler zwischen wissenschaftlicher Theorie und kirchlich-gesellschaftlicher Praxis, sondern auch als geeigneter Makler zwischen den Amtsträgern der Kirche und den innerkirchlichen Oppositionsbewegungen. Diese Funktion wurde bisher allerdings nur insoweit erfüllt, als man diesen Bewegungen ein honori-

Zur Kronberger Tagung der Paulus-Gesellschaft

Unter dem Doppelthema: Christentum und moderne Gesellschaft — „Kirche der Zukunft in einer emanzipierten Gesellschaft“ veranstaltete die Paulus-Gesellschaft ihre diesjährige Frühjahrstagung vom 20. bis 22. März in Kronberg/Taunus. Der Tagung ging eine Konferenz in kleinerem Kreise voraus, in welcher die weitere Entwicklung der Paulus-Gesellschaft beraten werden sollte. Diese neu einsetzende *Selbstreflexion* muß auf dem Hintergrund der bisherigen Geschichte der Paulus-Gesellschaft verstanden werden.

Im Jahre 1954 begann eine kleine Gruppe von *Theologen und Naturwissenschaftlern* das — zunächst noch gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmte — Gespräch über Fragen, die diese beiden Wissenschaften betreffen. Erst später folgte der Schritt in die Öffentlichkeit, den zwanzig stattliche Bände der „Dokumente der Paulus-Gesellschaft“ bezeugen. In einer dritten Phase begann das *Gespräch mit den Marxisten*, welches zu Anfang ein durchaus noch riskantes Wagnis war und über das in dieser Zeitschrift seinerzeit ausführlich berichtet wurde (vgl. Herder-Korrespondenz, 19. Jhg., S.

414 ff., 20. Jhg., S. 277 ff. und 21. Jhg., S. 252). Aber auch dieser Dialog hat ein gewisses Ende gefunden, bedingt sowohl durch eine partielle Abklärung der beiderseitigen Standpunkte als auch durch eine den Dialog beendende Verhärtung im Lager der Marxisten des Ostblocks, die in der Okkupation der ČSSR und deren Folgen den deutlichsten Ausdruck fand. Seit zwei Jahren, seitdem sich die Paulus-Gesellschaft auch verstärkt *kirchen- und theologiepolitischer* Aspekte annimmt, ist das Selbstbewußtsein in der Paulus-Gesellschaft nun in einer Umformung begriffen. Eine etwas krisenhafte Stimmung zeigte sich zum erstenmal auf der Bonner Herbsttagung 1968 zum Thema Jugendrevolte, bei der es zum vorzeitigen Abbruch kam, sodann auf der Frühjahrstagung 1969 in Tübingen mit dem Thema „Autoritäre Strukturen in Kirche und Gesellschaft“ (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 269 ff.).

Auf der Suche nach Aufgaben

In der *Vorkonferenz* sollte daher die Frage erörtert werden, wie die Paulus-Gesellschaft ihre Funktion für